

Rheinland-Pfalz

Verbände klagen über „Freiheitsentzug“

Bewohner von Senioren- und Behinderteneinrichtungen leiden unter restriktiven Maßnahmen des Gesundheitsministeriums

■ **Rheinland-Pfalz.** Während in der Corona-Krise die Einschränkungen für die Mehrheit der Bevölkerung langsam gelockert werden, wurden die Regeln für alte und behinderte Menschen in Rheinland-Pfalz weiter verschärft. Das finden Betroffene und Verbände ungerecht.

Besonders viel Abwechslung haben Thomas Weller und seine Nachbarn aus einer Wohngruppe derzeit nicht. Ein paar Mal am Tag sieht man sich zum Essen, seit die Behindertenwerkstatt der Kreuznacher Diakonie in der Nähe von Idar-Oberstein geschlossen wurde. Manche gehen mit ihren Betreuern spazieren oder spielen Gesellschaftsspiele. „So lange das Thema Wegfahren nicht hochkommt, ist die Stimmung in Ordnung“, sagt Weller, der auch Vorsitzender des regionalen Bewohnerrats ist. Das Verbot, wegen der Coronavirus-Pandemie die Familie zu besuchen, mache aber viele traurig.

In Rheinland-Pfalz gelten für die Bewohner von Senioren- und Behinderteneinrichtungen seit Mitte April neue drastische Infektionsschutzmaßnahmen. Zusätzlich zu dem ohnehin bestehenden Besuchsverbot dürfen sie ihre Einrichtungen nun in vielen Fällen auch nicht mehr verlassen. Ausnahmen gelten für Einrichtungen ohne eigenen Außenbereich. Überall – nicht nur in Läden oder im öffentlichen Nahverkehr – müssen dabei Maske und Handschuhe getragen werden. Wer bei einem Aufenthalt außerhalb der Einrichtung möglicherweise Kontakt mit anderen Personen hatte, soll für 14 Tage isoliert werden.

Betroffene laufen Sturm

In den zwei Wochen seit Inkrafttreten der Verordnung laufen Betroffene, Wohlfahrtsverbände und Betreiber von Alten- und Behinderteneinrichtungen Sturm gegen die Bestimmungen des Mainzer Sozialministeriums. Auch dass Einrichtungen infizierte Menschen aufnehmen müssen, dazu eigene Isolierbereiche einrichten sollen und andere Bewohner zum Umzug innerhalb der Einrichtungen verpflichtet werden können, stößt auf Unmut. „Sämtliche ethischen Überlegungen, die in den vergangenen Jahrzehnten bei der Entwicklung des Bundesteilhabegesetzes maßgeblich waren, scheinen nunmehr keinerlei Rolle mehr zu spielen“, heißt es in einem Protestschreiben des Diakoniewerks Zoar.

Paritätischer Wohlfahrtsverband und Lebenshilfe warfen dem Land „drastische freiheitsentziehende



Für Seniorenheime, aber auch Behindertenwerkstätten gelten sehr strenge Regeln. Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter Rheinland-Pfalz denkt mittlerweile daran, gegen die Verordnung zu klagen, wenn sie nicht schnell einschneidend überarbeitet wird.

Foto: dpa

Maßnahmen“ für Heimbewohner vor, die „in dieser Rigorosität von keinem anderen Bürger der Bundesrepublik Deutschland gefordert werden“. Wie die Regeln umgesetzt werden sollen, stehe in den Sternen – insbesondere, wenn ab dem 4. Mai die Behindertenwerkstätten schrittweise wieder geöffnet werden: „Gilt dann: einen Tag arbeiten, 14 Tage Quarantäne?“ Außerdem betrafen die Einschränkungen eben

auch Wohngruppen, in denen behinderte Menschen ein weitgehend normales Leben führten und wo es überhaupt keine Möglichkeit gebe, jemanden zu isolieren.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter Rheinland-Pfalz denkt mittlerweile daran, gegen die Verordnung zu klagen, wenn sie nicht schnell einschneidend überarbeitet wird.

Geschäftsführer Johannes Schweizer fordert: „Bei allen Maßnahmen muss der erwartete Erfolg im Verhältnis zu den eingeschränkten Freiheitsrechten stehen.“ Das gehe auch aus den aktuellen Urteilen zu den Corona-Maßnahmen hervor. Und es sei eben nicht verhältnismäßig, Maßnahmen eigens für Behinderte zu verschärfen und für den

Rest zu lockern. Je länger die Corona-Krise dauert, desto größer werden die Bedenken über die Folgen langer Isolierung für die Heimbewohner. Dorothea Zager, Pfarrerin in Worms, kann schon seit Wochen keine Besuche mehr in den beiden Altenheimen machen, die in ihrem Stadtviertel liegen.

Warten auf die nächste Mahlzeit

Dort leben viele Menschen aus einfachen Verhältnissen, die oft ohnehin keinen großen Freundeskreis haben. „Die Leute warten nur noch auf die nächste Mahlzeit oder darauf, dass sich einer von der Verwandtschaft meldet“, sagt sie. Zu manchen Bewohnern hält sie noch weiter Kontakt, sie schickt Briefe und ruft ihren Zuspruch von der Straße aus auf die Balkone hoch.

Thomas Weller konnte Anfang des Monats zumindest einen kleinen Erfolg verbuchen. „Der Bewohnerrat hat lange dafür gekämpft, dass wir hier W-LAN bekommen“, sagt er. Anfang April 2020 war es in den Wohngruppen im Hunsrück so weit, ein kleiner Lichtblick in Zeiten der Pandemie.

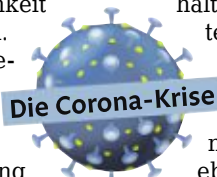
Ministerin: Wir haben hier niemandem das Ausgehen verweigert

Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) hatte jüngst die Kritik an der Landesverordnung zum Infektionsschutz in Senioren- und Behinderteneinrichtungen zurückgewiesen. Andere Bundesländer hätten noch rigorosere Einschränkungen für Heimbewohner erlassen, hieß es aus dem Ministerium. Allerdings wird aktuell auch in Aussicht gestellt, dass zumindest die Besuchsverbote in Altenheimen leicht gelockert werden könnten. Eine neue Verordnung zum Thema

soll wahrscheinlich in der ersten Mai-Woche veröffentlicht werden, teilt eine Sprecherin mit.

Die Regeln für Heimbewohner, die das Gelände verlassen wollen, seien notwendig, um das Infektionsrisiko zu senken. „Wir haben hier niemandem das Ausgehen verweigert, aber bestimmte Regeln aufgestellt“, sagte Bätzing-Lichtenthäler. Die Landesverordnung schreibt vor, dass nicht infizierte Bewohner die Heime nur unter bestimmten Bedingungen verlassen dürfen.

Das Ministerium habe mit dem Regelwerk außerdem darauf reagiert, dass Heimbewohner nach einem Klinikaufenthalt bei der Wiederaufnahme in ihren Einrichtungen auf große Schwierigkeiten gestoßen seien, teilte Ministerin Bätzing-Lichtenthäler mit. Viele Einrichtungen hätten keine Konzepte für Isolier- und Quarantänebereiche vorgelegt. Vorwürfe, die Grundrechte der Bewohner würden auf inakzeptable Weise eingeschränkt, seien nicht gerechtfertigt, heißt es aus dem Ministerium.



Neue Hoffnung für den Raubwürger

Naturschutzprogramme im Land zeigen Erfolg

■ **Mainz.** Hoffnungsschimmer für eine in Rheinland-Pfalz vom Aussterben bedrohte Vogelart: Zwei Biologiestudenten haben den einst häufigen Raubwürger auf einer Streuobstwiese bei Boppard gesichtet. Diese Fläche wird im Landesartenschutzprogramm der „Aktion Grün“ gefördert. „Damit werden jetzt positive Effekte des 2015 gestarteten Programms sichtbar“, sagt Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne). „Auf drei weiteren Flächen haben wir solche positiven Ergebnisse gesehen“, fügt die Ministerin hinzu und nennt die Heuschreckenart der Steppen-Sattelschrecke, die Gelbbauchunke auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes bei Koblenz und die Smaragdeidechse im Tauberbachtal.

„Die Art ist in Rheinland-Pfalz extrem selten geworden“, sagt Marc Schendzielorz, der die Vogelbestände im Naturschutzgebiet „Hintere Dick“ zusammen mit Marian Sarpan im vergangenen Jahr für ein Forschungspraktikum der Universität Koblenz untersucht hat.

Damals war der Raubwürger (*Lanius excubitor*) noch nicht da. „Wir haben uns sehr gefreut, als wir ihn gesehen haben.“ Zu den gezielten Maßnahmen in der „Hintere Dick“ gehören die Freistellung von Gehölzen und ihre anschließende Beweidung.

„Die Sichtung bedeutet, dass der Raubwürger sich hier wohlfühlt“, erklärt der Vogelkundler Schendzielorz. „Mit dem Wechsel von gehölzlosen Flächen, niedrigen Büschen und hohen Bäumen ist das genau die Landschaft, die der Raubwürger braucht.“ Schon bei der Bestandserfassung im vergangenen Jahr habe er an diese Art gedacht, zumal dabei der mit dem Raubwürger verwandte Rotrückenswürger oder Neuntöter (*Lanius collurio*) mit mindestens fünf Brutpaaren festgestellt werden konnte.

Sein Auge für diese Vogelgattung konnte Schendzielorz zuletzt bei einer Exkursion im rheinland-pfälzischen Partnerland Ruanda schulen – „dort haben wir sechs verschiedene Würgerarten gese-



Der Raubwürger war früher in Rheinland-Pfalz weit verbreitet. Nun scheint er sich langsam wieder wohlfühlen.

Foto: dpa

hen, die alle ein ähnliches Verhalten zeigten wie unsere heimischen Arten“.

In der „Hintere Dick“ konnten bislang 73 Vogelarten registriert werden – das Gebiet ist damit artenreicher als ein reines Waldgebiet mit durchschnittlich 35 bis 40 Vogelarten. „Für mich persönlich

ist es das Schönste zu sehen, wie viele Arten nebeneinander in einem Gebiet leben können“, sagt Schendzielorz. Bisher hat er den Raubwürger dort nur allein gesehen, aber er hofft, dass sich noch ein passender Partner findet und es so zur Bildung eines neuen Brutplatzes kommen könnte.

Kompakt

Zwei Rheinland-Pfälzer knacken Eurojackpot

■ **Koblenz.** Glück am Maifeiertag: Zwei Eurojackpot-Tipper aus Rheinland-Pfalz können sich über einen Gewinn von jeweils rund 6,1 Millionen Euro freuen. Die Spieler hatten alle fünf am Freitagabend gezogenen Zahlen richtig getippt sowie je eine von zwei Eurozahlen, teilte Lotto Rheinland-Pfalz mit. Einer der Glückspilze hatte demnach 24,50 Euro eingesetzt und seinen Tippschein in einer Annahmestelle in Rheinhessen abgegeben. Der zweite habe online gespielt und 16,50 Euro investiert. Der mit 90 Millionen Euro maximal gefüllte Eurojackpot ging nach Bayern. Mit den Gewinnzahlen 6, 11, 12, 21, 41 und den beiden Eurozahlen 1 und 2 lag ein Spieler nach elf Wochen ohne Hauptgewinn richtig.

WG-Projekt in Trierer Seniorenheim ein Erfolg

■ **Trier.** Mehr als ein Jahr nach dem Start eines Wohnprojektes von Studenten in einer Seniorenresidenz in Trier gibt es inzwischen eine Warteliste von interessierten jungen Menschen. Die „Residenz-WG“ werde sehr gut angenommen, teilte die Universität Trier und die Residenz am Zuckerberg mit. Drei Studenten wohnen unentgeltlich in der Einrichtung – dafür, dass sie 35 Stunden im Monat mit den Senioren verbringen. Die Studenten seien in der Corona-Krise und den Semesterferien nicht nach Hause gefahren, sondern in der Residenz-WG geblieben. „Es ist kein Nebenjob wie jeder andere. Die Menschen sind mir ans Herz gewachsen“, sagte die Studentin Lara Zimmol.

Ökolandbau auf mehr als jedem zehnten Feld

■ **Rheinland-Pfalz.** Mehr als jedes zehnte Feld in Rheinland-Pfalz wird mittlerweile nach ökologischen Grundsätzen beackert. Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Rheinland-Pfalz stieg nach vorläufigen Daten des Umweltministeriums im vergangenen Jahr von 10,5 auf 11,2 Prozent. „Wir haben in Rheinland-Pfalz einen kontinuierlichen Aufwuchs im Ökolandbau“, sagte Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne). Ziel ist ein Anteil von 20 Prozent. Die Bundesregierung hat dafür das Jahr 2030 genannt, Rheinland-Pfalz will das Ziel „mittelfristig“ erreichen. Bundesweit liegt der Anteil nach letzten vorliegenden Daten bei 9,1 Prozent. Neue aktuelle Zahlen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) werden im Juni oder Juli erwartet.

Hintergrund

Tausende tote Meisen

Eine Krankheit bedroht derzeit die Blaumeisen in Deutschland: Beim Naturschutzbund (Nabu) gingen bundesweit bis zum 22. April innerhalb von nur zwölf Tagen Meldungen zu etwa 26 000 toten Tieren ein. Als Erreger wurde das Bakterium *Suttonella ornithocola* ermittelt, das erst seit 1996 bekannt ist. In Rheinland-Pfalz gab es bis zum 26. April mindestens 1689 Meldungen, teilte ein Referent des Nabu mit.

Die meisten stammen aus den Kreisen Birkenfeld, Rhein-Hunsrück, Cochem-Zell, Rhein-Lahn, Altenkirchen und dem Westerwaldkreis. Der Nabu empfiehlt, in diesen Regionen die Fütterung und den Betrieb von Vogeltränken einzustellen, da sich die Krankheit an Orten mit der Begegnung vieler Vögel leichter ausbreiten könne. Der Vogelkundler Christian Dietzen sagt, bei Meisen könnten alle paar Jahre wieder Krankheiten zu vorübergehenden Bestandsrückgängen führen, die meist aber schnell wieder ausgeglichen werden könnten. Der Erreger sei für Menschen und Haustiere ungefährlich, erklärte der Nabu-Referent.